

Es gilt das gesprochene Wort.



Fraktion

Bündnis Oberhausener Bürger

im Rat der Stadt Oberhausen

Redebeiträge

Ratssitzung am 13. Januar 2017

1) TOP Ö 13-16

(B/16/2382-01, B/16/2383-01, B/16/2385-01, B/16/2407-01)

Zustimmung von außerplanmäßigen Aufwendungen im Bereich Schule

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

liebe Bürgerinnen und Bürger,

grundsätzlich werden wir diesen Aufwendungen nicht im Wege stehen,

damit sie noch in den Haushalt für 2016 aufgenommen werden können.

Und auch nur aus diesem Grund bestehen wir diesmal nicht auf die

Einhaltung der notwendigen Beratungsreihenfolge.

Kritisch muss man jedoch anmerken, dass mit dieser dringlichen

Entscheidung **wieder einmal das Fachgremium "Schulausschuss"**

umgangen worden ist.

Diese Umgehung von Experten wirft ein **zentrales Problem** auf:

Denn eigentlich wäre nur das Fachgremium dazu in der Lage zu beurteilen, ob es sich wirklich um **“außerplanmäßige”** Aufwendungen handelt.

Oder ob diese Zahlungen an einen Schulträger, an die Bezirksregierung und an die Stadttochter OGM nicht zum Teil **das Ergebnis einer fehlerhaften Organisation oder Verwaltungsarbeit** sind.

Denn uns fällt auf, dass in dem einen Fall **Budgets zu niedrig geplant** wurden,

im nächsten Fall wurde versehentlich **ein falsches Sachkonto zugeordnet**,

im dritten Fall hat man die Verwendungsnachweise und Abrechnungsunterlagen für **“Geld statt Stellen”** von 2011/12 erst jetzt – **gut 4 Jahre später** – bearbeitet.

Kurzum: Für uns hat es den Anschein, dass die Ausgaben nur deshalb “außerplanmäßig” sind, **weil sie das zuständige Dezernat nicht im Blick hatte.**

Entscheidend ist aber: Man hätte sie planen können!

Wir bitten daher das Dezernat mit Nachdruck darum, die notwendigen organisatorischen Maßnahmen zu treffen, damit solche Fehler in Zukunft vermieden werden.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

2) Ö19 Rahmenbestimmungen Stadtteilbibliothek Sterkrade

B/16/2259-01

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

liebe Bürgerinnen und Bürger,

im Beirat für Menschen mit Behinderung haben wir darauf hingewiesen, dass für den Seminarraum in der Sterkrader Stadtteilbibliothek **KEINE AUSREICHENDE Barrierefreiheit** besteht.

DENN: Wer im Rollstuhl sitzt, kann diesen Raum außerhalb der Öffnungszeiten nicht nutzen, weil die Möglichkeit für Rollstuhlfahrer fehlt, im Ernstfall den Notausgang zu erreichen.

Ferner hat der weitere Fluchtweg hinter dem Gebäude eine Stufe, die für Rollstuhlfahrern eine zweite Hürde bildet.

Dass man an dieser Stelle nicht konsequent bis zum Ende gedacht hat, ist bedauerlich **angesichts der hohen Ausgaben und der ansonsten vorbildlich gelungenen Gestaltung** der Stadtteilbibliothek.

Zumal im Beirat bereits ein Verein den Wunsch nach einer Nutzung angemeldet hat.

Zum Glück kann dieser kleine Makel behoben werden, indem man zum Beispiel einen **platzsparenden Treppenlift oder Evakuierungsrollstühle** statt einer aufwändigen Rampe einbaut.

Des Weiteren müsste die Stufe am Fluchtweg beseitigt werden.

Der Stadtbibliotheksleiter Hans-Dietrich Kluge-Jindra hat im Beirat eine Prüfung der Möglichkeiten mit Evakuierungsrollstühlen in Aussicht gestellt.

Wir begrüßen diese - wenn auch etwas späte - Einsicht in die Notwendigkeit.

Wir möchten dennoch **anregen**, die gute Absicht von Herrn Kluge-Jindra **mit einem Beschluss im Rat zu unterstützen.**

Daher stellen wir zu diesem Tagesordnungspunkt den **folgenden Antrag:**

“Der Rat der Stadt beauftragt die Verwaltung kurzfristig zu prüfen, welche Möglichkeiten bestehen, den Seminarraum in der Stadtbibliothek Sterkrade so barrierefrei zu gestalten, dass der Notausgang auch von Rollstuhlfahrern eigenständig genutzt werden kann.

Ebenso soll der anschließende Fluchtweg Rollstuhlgerecht umgestaltet werden.”

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

3) TOP 24 Dritte Fortschreibung des Oberhausener Nahverkehrsplans

B/16/2313-01

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

liebe Bürgerinnen und Bürger,

der vorgelegte Nahverkehrsplan erscheint uns **in mehrfacher Hinsicht nachbesserungsbedürftig**.

Zum einen haben wir im Beirat für Menschen mit Behinderung darauf hingewiesen,

dass noch immer **zu wenig Sondernutzungsflächen für Rollatoren, Rollstühle, Kinderwagen und Fahrräder** vorhanden sind.

Wer aber einen **zukunftsfähigen Nahverkehr** für unsere immer **älter werdende Gesellschaft** bieten will,

wer **Familien** davon überzeugen will, für den nächsten Ausflug den Bus zu nutzen,

wer richtigerweise damit wirbt, **gemeinsam mit dem Fahrrad einen alternativen Verbund** gegen den motorisierten Individualverkehr – sprich: das Auto – anzubieten, **der muss seine Flotte entsprechend umstellen.**

Doch gerade von diesen **zentralen Zukunftsthemen** ist in diesem Nahverkehrsplan kaum bis nichts zu lesen.

Das wundert uns persönlich, zumal der Beirat für Menschen mit Behinderung unter anderem diese Punkte **erst im Dezember 2016 in einer Sitzung mit Vertretern der Stoag** besprochen hat.

Der zweite Punkt betrifft **wichtige Verbindungslinien in der Stadt**. So ist die Andienung zum Beispiel nach Schmachtendorf noch immer unzureichend.

Wir brauchen auf dieser Strecke größere Buskapazitäten, um einen Anreiz zum Umstieg vom Auto zum ÖPNV zu schaffen.

Deshalb sollte unserer Ansicht nach **die Linie 960** insbesondere **zum Berufsverkehr und an Wochenenden**, wenn starke Veranstaltungen in der Neuen Mitte stattfinden, **durchgehend mit Gelenkbussen** ausgestattet werden.

Der dritte Kritikpunkt betrifft den Plan in eigener Sache: Wir haben während der Bürgerbeteiligung zum Nahverkehrsplan **eine Alternative zum Ausbau der Straßenbahnlinie 105** vorgestellt.

Wir sind vom zuständigen Ingenieurbüro gebeten worden, unsere Idee schriftlich einzureichen. Das haben wir im Mai 2016 natürlich gemacht.

Wie wir nun leider feststellen müssen, ist unserer Vorschlag **IN KEINER WEISE in den Nahverkehrsplan eingegangen**. Auf Nachfrage hat das beauftragte Ingenieurbüro ausweichend reagiert.

Wir müssen es deshalb an dieser Stelle ganz deutlich sagen: Unabhängig davon, ob man unserem Vorschlag folgen will oder ihn ablehnt: **Das ist kein fairer und sachbezogener Umgang mit den Eingaben von Bürgern und der Politik.**

Wir stellen Ihnen daher unseren Vorschlag wenigstens zur Kenntnisnahme zur Verfügung.

Wir stellen außerdem folgenden Ergänzungsantrag zum Nahverkehrsplan

„In den Nahverkehrsplan 2017 werden nachfolgende Anregungen zur Prüfung aufgenommen:

1. die Möglichkeit der Erweiterung von Sondernutzungsflächen für Rollstühle, Rollatoren, Kinderwagen und Fahrräder,
2. Der Einsatz von größeren Buskapazitäten (z.B. Gelenkbusse) für wichtige Verkehrslinien etwa nach Schmachtenorf

3. Der Einsatz von Doppelstockbussen (unterer Bereich für Lasten bzw. Rollstühle, Kinderwagen, Fahrräder; oberer Bereich für Personen) im Stundentakt auf den Hauptlinien.
4. Alternativen zum Ausbau der Straßenbahnlinie 105 in Form einer Busline.“

4) TOP 30.1 Inklusion Zwischenbericht

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

liebe Bürgerinnen und Bürger,

das Bündnis Oberhausener Bürger sieht **mit einiger Sorge** auf den Stand der **Inklusion** NICHT NUR in unserer Stadt sondern auch in Land und Bund.

Leider **fehlen an den Schulen noch immer genügend Sozialarbeiter und Betreuer**. Auch der **Barrierefreie Zugang zu den Schulgebäuden** ist nicht überall gegeben.

Unzureichend ist nachwievor die **Ausstattung der Klassenräume** mit adäquaten Hilfsmitteln, um der UN Konvention nach gemeinsamen Lernen von Menschen mit und ohne Behinderung gerecht zu werden.

Wir appellieren daher ausdrücklich an alle politischen Gruppen, **die Inklusion in unserer Stadt nicht scheitern zu lassen!**

Wir loben aus diesem Grund **ebenso ausdrücklich den Inklusionsbericht** und **bedanken uns** bei den Menschen, die diese Daten zusammengetragen haben.

Der Bericht ist ein **wichtiges und zentrales Instrument**, um die Inklusionsbemühungen in unserer Stadt darzustellen und steuern zu können.